

# Interinstitutionelle Zusammenarbeit : Berner Pilotprojekt

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **99 (2002)**

Heft 7

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840341>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

### Ausgabenvergleich ist schwierig

Eine nachhaltige und kräftige Reduktion der Ausgaben kann nur durch eine entsprechende Senkung der Fallzahlen gelingen. Eine Verringerung zum Beispiel der situationsbedingten Leistungen bringt dagegen vergleichsweise wenig.

Alle acht Städte konnten sich bei den *Bruttoausgaben pro Unterstützungsfall* (Summe aller Fälle im Jahr 2001) vergleichen. Im Durchschnitt aller Städte liegen die Ausgaben bei 15'855 Franken. Dabei reicht die Spanne von 11'721 Franken in Schaffhausen bis zu 17'826 Franken in Bern. Ohne diesen Wert aus Schaffhausen läge der Durchschnitt bei 16'544 Franken, dem die anderen sieben Städte sehr nahe kommen.

Vergleiche mit dem Vorjahr sind schwierig, da zum Beispiel in Basel völlig

neue Grundlagen für die Berechnungen vorhanden sind. In den meisten Städten sanken aber die Bruttoausgaben pro Fall und Person. Die Belastung der Schweizer Städte mit Sozialhilfekosten lässt sich besser mit den *Nettoausgaben* als mit den Bruttokosten ausdrücken, weil da die Einnahmen (von anderen Sozialleistungsträgern und Unterhaltspflichtigen der Sozialhilfepersonen) abgezogen sind. Die Daten für diese Kennziffern weisen jedoch noch immer zahlreiche Mängel auf und lassen keine zuverlässigen Schlussfolgerungen zu.

Insgesamt zeigt sich, dass die dargestellten Ergebnisse auch dieses Jahr wichtige Ergebnisse geliefert haben, die durch wachsende Zeitreihen zusätzlich an Aussagekraft gewinnen. Diese können für eine bessere Steuerung der Sozialhilfe genutzt werden.

*Redaktionelle Bearbeitung: gem*

## Interinstitutionelle Zusammenarbeit: Berner Pilotprojekt

Mit Unterstützung des Staatssekretariates für Wirtschaft (seco) ist im Juni in Bern das Projekt «Assessment» gestartet worden. Dieses soll dazu beitragen, Erwerbslose schneller und nachhaltiger in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dabei sollen die beteiligten Institutionen eng zusammenarbeiten, um den bekannten Drehtüreneffekt zu eliminieren. In diese Kooperation eingeschlossen sind die RAV, Sozialhilfe, IV und Berufsberatung. Je nach Problemstellung melden sich die Betroffenen bei einer dieser Institutionen, die dann aufgrund einer Checkliste über eine Zuweisung ins «Assessment» entscheidet. Im «Assessment» sollen Bildung, Laufbahn, soziales Netz, Gesundheit und Kompetenzen der Be-

troffenen abgeklärt werden. Ein gemeinsam ausgearbeiteter Massnahmenplan soll dafür sorgen, dass eine rasche Reintegration erfolgen kann. Streitereien und Wartezeiten durch Zuständigkeitsfragen und damit rund um die Finanzierung sollen vermieden werden. Die Projektleitung tragen das Fürsorgeamt der Stadt Bern und die kantonale Arbeitsmarktbehörde. Ein Assessoren-Team definiert Zielgruppe, Ablauf und Inhalt des «Assessments». Das Modell geht davon aus, dass die RAV, Sozialdienste und IV in einem Verhältnis von 60:30:10 ins «Assessment» zuweisen werden. Das «Assessment»projekt soll bis April 2003 laufen, dann wird über die weiteren Schritte entschieden. *pd/ar*